

# Dresdner Nachrichten

**Bezugsgebühr:**  
Wochentlich 2 Mk. 50 Pf.; durch die Post 3 Mk.  
Die „Dresdner Nachrichten“ erscheinen täglich Morgens, die Nummer in Dresden und der nächsten Umgegend, wo die Zustellung durch eigene Boten oder Kommissionäre erfolgt, erhalten bei Nacht an Wochenenden, die nicht auf Feiertage oder Feiertage folgen in zwei Exemplaren. Abends aus Dresden zugestellt.  
Abdruck aller Artikel u. Originalentwürfen nur mit deutscher Cursivschrift. „Dresdner Nachrichten“ sind in allen Buchhandlungen, Verlagsanstalten und Postämtern zu beziehen. Anzeigen werden nicht unbemerkt.  
Telegraphische Adressen: Nachrichten Dresden.

Begründet 1856.

**Illuminationslaternen**  
21 Am See. Kinderlampen Am See 21.  
**Oscar Fischer, Cotillontabrik.**

Post-Verkaufsstelle:  
Kartenstr. 38.

Rechnungsamt:  
Am 1. Nr. 11 und Nr. 2096.

26 Pragerstr. **Adolf Näter** Pragerstr. 26  
Fabrik feiner Lederwaren.  
Verkaufsstelle der kunstgewerblichen Werkstätten für Lederarbeiten von **Georg Hulbe**.  
Hoflieferant Seiner Majestät des Kaisers und Königs.  
20 Preismedaillen und Ehrendiplome.

**Feinschmecker u. Kenner**  
essen nur **CHOCOLAT Caillet**



**Ferd. Dettmann**  
Dresden, König Johannstr.  
Optisch-mechan. Institut  
ersten Ranges.  
Theater- und Reisegläser.  
Reparaturen von altem und neuem Tage zurück. Kassationsstr. 10.

**Tuchwaaren.** Lager hochfeiner deutscher u. englischer eleganter Anzug-, Hosen- u. Paletotstoffe **Hermann Pörschel**,  
in allen modernen Farben und Prima-Qualitäten zu billigsten Preisen. **Scheffelstrasse 19.**

**Nr. 256. Spiegel:** Einigung der evangelischen Landeskirchen. **Dienstag, 16. September 1902.**

### Zur Einigung der deutschen evangelischen Landeskirchen.

Seit Kaiser Wilhelm II am zweiten Weihnachtstage des verfloffenen Jahres in der Rede, die er anlässlich der 300. Geburtstagfeier Herzogs Ernst des Frommen in Gotha hielt, den Gedanken einer Einigung der evangelischen Landeskirchen Deutschlands berührt hat, ist diese Frage einermassen in Fluss gekommen. Die Möglichkeit der Verwirklichung des Einigungsgedankens scheint dadurch etwas näher gerückt, daß die Eilenacher Kirchenkonferenz am 31. Mai den einstimmigen Beschluß gefaßt hat, eine Kommission von 13 Mitgliedern einzusetzen, die Vorschläge für eine beiderseits einzuwendende außerordentliche Kirchenkonferenz im nächsten Jahre entgegen zu nehmen hat, die sich ausschließlich mit der Frage des nächsten Zusammenstufes der deutschen evangelischen Landeskirchen beschäftigen soll. Mit diesen Beschluß ist in dem Jubeljahre ihres fünfzigjährigen Bestehens die Eilenacher Kirchenkonferenz, eine periodische Konferenz von Abgeordneten deutsch-evangelischer oberster Kirchenbehörden, aus dem engen Rahmen ihrer bisherigen Wirksamkeit herausgetreten. Begründet zu dem Zwecke, auf Grundlage des Bekenntnisses wichtigere Fragen des kirchlichen Lebens im freien Austausch zu besprechen, umschließt der Selbstständigkeit jeder einzelnen Landeskirche ein Band ihres Zusammengehörens darzustellen und die einseitige Entwicklung ihrer Zustände zu fördern, hat die Eilenacher Konferenz bis jetzt praktisch eine kirchenpolitische Bedeutung nicht erlangt. Sie hat meist nur im Verborgenen gewirkt; ihre Tätigkeit bestand vorzugsweise in der Vorbereitung ihrer Mitglieder über kirchliche Angelegenheiten aller Art, ohne daß indes jemals bindende Beschlüsse für die einzelnen Landeskirchen erzielt werden konnten.

Ob der Beschluß der Eilenacher Konferenz einen positiven Schritt zur Verwirklichung des Einigungsgedankens darstellt, steht noch dahin. Die Auffassungen, Wünsche und Hoffnungen bezüglich des engeren Zusammenstufes der deutschen evangelischen Landeskirchen liegen zur Zeit doch noch dergehalt auseinander, daß das Einigungsziel noch nicht unmittelbar in greifbarer Nähe zu stehen scheint. Schon die Art der Zusammenziehung des von der Eilenacher Konferenz eingesetzten Zweizehner-Ausschusses zur Bearbeitung der Angelegenheiten eines engeren Zusammenstufes der deutschen evangelischen Landeskirchen muß zu Bedenken und Zweifeln gerechten Anlaß geben, ob auf diesem Wege die Einigungsaufgabe einer wirklich wertvollen Lösung zugeführt werden kann. In der Kommission sizen nämlich acht Juristen und fünf Theologen. „Wir gehen“, schreibt hierzu das „Wortland“, das offizielle Organ der konservativen Schichten, „wir haben von dieser Zusammenziehung mit Besorgnis in der Seele der Theologen Kenntnis genommen.“ Befähigt denn, so fragt das genannte Blatt, die Rechtswissenschaft wirklich für Alles? „Welchen Sinn würde eine Juristenversammlung erheben, wenn zur Behandlung einer Rechtsfrage die Hälfte einer Kommission aus Theologen bestünde? Aber freilich, das ist ganz was Anderes! Man sagt, es kämen wesentlich staatsrechtliche Fragen in Betracht. Gewiß, auch sie! Aber zweifellos mehr bekanntlich-mäßige Fragen! Sollen auch für diese die Juristen zuständig erscheinen als die Fachmänner, die Theologen? Oder hat man vielleicht gerade deshalb der juristischen Fakultät die Mehrheit entnommen, um die konfessionelle Bedeutung der Frage zu verschleiern? Oder weil man hofft, daß in diesen Punkten bei den Juristen, als Laien, weniger Strupulosität zu befürchten ist als bei den Theologen, die Bedeutung der Sonderkonfessionen mehr würdigen Theologen? Wer kann leugnen, daß die konfessionelle Frage die eigentliche Angel des zur Verhandlung stehenden Gegenstandes bildet. Und dann steht man die Kommission wesentlich aus Juristen zusammen! Ja, die ursprüngliche Vorlage wollte noch weniger Theologen. Nur auf dringende Befürwortung hat man die Zunahme von noch zweien gesehen lassen.“

So sehr auch der engere Zusammenstuf der evangelischen Landeskirchen Deutschlands schmerzlich entbehrt und fast allein als ein dringendes Bedürfnis empfunden wird, so dürften doch zur Zeit die Auffassungen mehr noch der negativen Seite hin übereinstimmen als hinsichtlich der tatsächlichen Grundfragen einer einheitlichen Organisation und der Zwecke der Zusammenfassung. Abgelehnt wird mit Entschiedenheit die Bildung einer deutschen Reichskirche. Sollte von irgend einer Seite der ernstliche Versuch gemacht werden, die Umkehrung dieses Zieles zuzuführen, so würden sich zweifellos dagegen sehr energische Widerstände geltend machen. Ebenso überwiegend ist entschiedene Abneigung gegen eine Einigung, welche die natürlichen geschichtlichen Entwicklungslinien der einzelnen Landeskirchen nicht genügend berücksichtigt. Nicht eingegriffen werden soll in die Lehre und in Fragen, die indirekt die Lehre betreffen. Gewahrt soll den Landeskirchen bleiben die volle Selbstständigkeit in der Verfassung und in der Verwaltung. Nicht gewollt wird ferner ein Zusammenstuf bloß der landeskirchlichen Staatskirchenregimente besonders von allen Denjenigen, die den staatlichen Einfluß auf die Kirche beschränken wollen und eine möglichst große Selbstständigkeit der evangelischen Kirche dem Staate gegenüber erstreben, weil dieser auf seinen

früheren konfessionellen Charakter verzichtet hat und verfassungsgemäß zum religionslosen Rechtsstaate geworden ist. Sehr entschieden irrt sich u. A. der „Reichsbote“ gegen eine Organisation bloß bürokratischer Art aus. Die evangelische Kirche, führt er aus, müße von politischen Rücksichten frei werden; sie wolle keine Politik und sich nicht in die Politik des Staates einmischen, aber sie wolle auch nicht von der Politik des modernen konfessions- resp. religionslosen Staates regiert und beherrscht werden. Sie müße auch ihm und seiner Übergabe gegenüber frei sein, um ihre Gedanken, Forderungen, Wünsche und Bedürfnisse im gegenseitigen Jähle auch nach dieser Seite hin zur Geltung bringen zu können. Deshalb müße es als ganz ausgeschlossen gelten, an die Spitze einer Vereinigung der Landeskirchen ein aus den verschiedenen Konfessionen kombiniertes Zentralorgan zu stellen; der Schwerpunkt der zu errichtenden neuen Zentralorganisation müße vielmehr in der Selbstverwaltung der Kirche liegen. Seine wichtigsten Organe müße sich der neue Zentralkörper in den Vereinen suchen, die wirklich kirchliche Arbeit thun (äußere und innere Missions-Vereine, Caritas-Adolf-Vereine, Evangelischer Bund, Pfarrvereine). „Was wir brauchen“, sagt der „Reichsbote“, „ist eine nach kirchlichen Gesichtspunkten geleitete Organisation, welche die Arbeitskräfte der Kirche für ihre großen, aber die Einzelgemeinden hinausliegenden Arbeiten organisiert, um der evangelischen Kirche durch ihre Arbeitsleistung den kirchlichen und religiösen Einfluß auf das Volkstreiben zu sichern, den sie mit Recht beanspruchen kann. Zu diesem durchaus praktischen Zweck soll der erstrebte Zusammenstuf der einzelnen Landeskirchen dienen, die evangelische Kirche will keine neue Hierarchie aufrichten, sondern eine Arbeitsorganisation zum Heile anderer Völkes. Nur in dieser Beschränkung auf die praktischen Aufgaben resp. Arbeiten der Kirche wird eine solche Organisation des Zusammenstufes überhaupt möglich sein.“

In einer Schrift über die Einigungsfrage fordert Wirklicher Oberkonsistorialrath in Berlin Dr. Th. Braun vorerst nur eine Weiterbildung der Eilenacher Konferenz. Er empfiehlt zunächst die Bildung eines händigen Verwaltungsausschusses, dem er folgende Aufgaben stellt: „Der Ausschuss hat die Stellungnahme anderer Kirchengemeinschaften und Religionsgesellschaften zur evangelischen Kirche zu beachten, Angriffe auf diese und ihre Einrichtungen zurückzujagen, zur Abstellung von Geschwürigkeiten Anträge an die zuständigen Behörden zu richten oder die Stellung solcher Anträge seitens der zuständigen landeskirchlichen Behörden anzuregen; — der Entwicklung der Reichsregierung auf dem das kirchliche Leben zu berührenden Gebiete sowie der Handhabung der Reichsregierung fortwährende Aufmerksamkeit zuzuwenden, zu erlangen, ob durch gesetzgeberische Vorlagen oder durch Maßnahmen der Behörden bei der Ausführung erlassener Reichsgeetze oder durch die Rechtsprechung der Gerichte die Interessen gefährdet werden, und in diesem Falle durch Anträge an die zuständigen Reichsbehörden auf die Abhaltung bzw. Abstellung der befürchteten Schäden hinzuwirken; — der seelsorgerischen Bedienung der Evangelischen in den deutschen Schutzgebieten, sowie an Plätzen außerdeutschen Auslandes, wo eine Mehrheit von evangelischen Deutschen lebt und Einrichtungen für evangelische Seelsorge nicht bestehen, seine Fürsorge auszuüben, nach Bedarf die Bildung evangelischer Gemeinden anzustreben und wegen Uebernahme der Versorgung solcher Gemeinden seitens einer der deutschen Kirchenregierungen eine Verhandlung herbeizuführen.“ Dieser Ausschuss soll aus unmittelbarer Ernennung der Kirchenregierungen hervorgehen. Die Regierungen der größeren Landeskirchen müßten das Recht erhalten, für sich allein ein Mitglied oder auch mehrere zu ernennen, die übrigen ihr Recht nach Kurien ausüben. Von einer arithmetisch genauen Berücksichtigung der Seelenzahl wäre bei der Verteilung im Hinblick auf die kleineren Landeskirchen abzusehen; insbesondere würde die preussische Landeskirche auf eine ihrer Seelenzahl oder auch nur der Zahl ihrer Provinzen entsprechende Vertretung zu verzichten haben. Auch die große sächsische Landeskirche würde sich zu ähnlichen Zugeständnissen entschließen müssen. Ein fester Sitz und Anlehnung an eine bestehende landeskirchliche Behörde sei für den Ausschuss schon aus äußeren Gründen der Geschäftsführung unerlässlich, wegen der ihm zugewiesenen kirchenpolitischen Aufgabe aber könne er seinen Sitz nur in der Reichshauptstadt haben. Der Präsident des Evangelischen Oberkirchenraths in Berlin, weil er in der ganzen deutschen evangelischen Kirche die amtlich einflussreichste Stellung einnimmt und ungehinderten Zugang zu den höchsten Reichs- und Staatsbeamten und die Möglichkeit persönlichen Vortrags an Allerhöchster Stelle hat, soll der geborene Vorsitzende des Ausschusses sein. Thatsächlich sollte schon jetzt die Verantwortlichkeit für das Wohl und Wehe der evangelischen Kirche in ihren Beziehungen nach außen auf Niemand schwerer, als auf dem zu amtlicher Berathung des Kaisers als summus episcopus der preussischen Kirche an erster Stelle berufenen Beamten der preussischen Landeskirche; auch für ihn würde der Bestand eines aus dem Vertrauen der deutschen Kirchenregierungen hervorgehenden Organs von Wert sein.

### Neueste Drathmeldungen vom 15. September.

(Nachts eingehende Drathmeldungen befinden sich Seite 4.)  
Berlin. (Priv.-Tel.) Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Graf v. Rath Dr. Freiherr v. Richthofen, erhielt den Stern in Gold vom Großkreuz des sächsischen Albrechtsordens. — Der Kaiser hat, anlässlich des Jubiläums des Königs von Sachsen, dem sächsischen sächsischen Verwandten Grafen v. Döberitz und Bergen, je ein Bild mit eigenhändiger Unterschrift, dem Vizekonsulatsrat bei der sächsischen Gesandtschaft, Legationsrath v. Stieglitz, den Hofkapellmeister 3. Klasse, und dem Attache bei der sächsischen Gesandtschaft, Leutnant im sächsischen Garderegiment v. Schönberg-Roth, Hönberg, den sächsischen Kronenorden 4. Klasse verliehen.

Berlin. (Priv.-Tel.) Der „Dahlg Express“ hat kürzlich über Aeußerungen berichtet, die der Kaiser unlängst zur britischen Heeresreform in einer Unterredung mit einem „Specialkorrespondenten“ gemacht haben soll. Demgegenüber stellt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ fest, daß der Kaiser einen derartigen Herrn niemals empfangen hat, angebliche Angaben des „Dahlg Express“ sind erfunden. — Im Anschluß an die letzten Verhandlungen des Kolonialraths war von der Schaffung eines eigenen Kolonialbeamtenstandes die Rede. Diese Angelegenheit unterliegt mittlerweile noch der Erörterung zwischen den beteiligten Reichsorganen. Es handelt sich derzeit noch nur um einen Versuch in beschränktem Umfang, mit dessen Durchführung etwa ab Beginn des nächsten Jahres begonnen werden kann. Im Uebrigen wurde es bei der letzten Art der Beamtenauswahl für die Schutzgebiete verbleiben. — Aus Windhoek wird der „Nat.-Bl.“ geschrieben: Die Kolonialabtheilung des Auswärtigen Amtes hat eine monatlich erscheinende Zeitschrift „Deutsch-Südafrika“ in Aussicht genommen. Das Gouvernement von Deutsch-Südafrika hat zu diesem Zwecke die Bezirkshauptmannschaften und Distriktskommandos, sowie die Regierungsländmeister der Kolonie aufgefordert, sich über eine Reihe von die Zeitschrift betreffenden Fragen zu äußern. Ueber eine Befehlshaber mit Haren werden sich die eingehenden Berichte voraussichtlich wenig günstig ausprägen, denn eine übermäßige Befehlshaber mit Haren würde bereits große Unbequemlichkeiten und Gefahren mit sich bringen. — Die dem Kaiser, Staatlichen Amt angehörende Abtheilung für Arbeiterstatistik tritt im Oktober zusammen. Die Tagesordnung ist bereits festgestellt. Die Antragsstellungen zur Vorbereitung des Reichstages nehmen morgen im Reichstage ihren Anfang. Morgen Vormittag tritt das Centrum zusammen.

Leipzig. (Priv.-Tel.) Eine hier abgeschlossene, aus ganz Deutschland besuchte Versammlung von Glasarbeiter- Fabrikanten und Arbeitervereinigungen, die Fortdauer des Streiks in Berlin und im Falle einer Arbeitseinstellung die allgemeine Waffenaushebung sämtlicher Arbeiter, welche dem Lederarbeiter-Verband angehören.

Wien i. A. (Priv.-Tel.) Die Strafammer verurtheilt den Vizegerichtsrath Loebl wegen fortgesetzter Schwere Einbruchsdiebstahle zu 1 Jahr 9 Monaten Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust.

Sambura. In Betreff der heutigen Meldung des „London Standard“, vom 16. bis 20. September werde in Ostende eine Konferenz der Leiter der Verkehre zwischen Europa und Südamerika unterhaltenden Dampferlinien stattfinden, auf der die Bildung eines neuen atlantischen Schiffsfahrstrahls erörtert werden soll und Generaldirektor Vallin von der Hamburg-Amerika-Linie, sowie Vertreter mehrerer führender englischer Dampfergesellschaften hätten die Einladung zur Theilnahme an der Konferenz angenommen, wird der „Hamburger Börsenhalle“ von der Direktion der Hamburg-Amerika-Linie folgende Mitteilung: Die Nachricht von der Bildung eines neuen atlantischen Dampfer-Strahls ist unbestätigt. Die Konferenz in Ostende soll lediglich der Besprechung der Verkehrsverhältnisse unter den an der sudamerikanischen Fahrt beteiligten Linien dienen. Nach den neuesten Nachrichten wird übrigens die Konferenz wahrscheinlich überhaupt nicht stattfinden.

Hassel. In der Lokomotivfabrik von Henschel fand heute aus Anlaß der Ablieferung der 6000. Lokomotive und der fünfzigjährigen Thätigkeit des Direktors August Schaffer in der Firma eine Feyer statt. Hierbei theilte der Chef der Firma mit, daß sie verschiedene Wohlthätigkeitsanstalten für ihre Arbeiter und deren Angehörige beschloffen, sowie 200 000 Mk. zu gleichen Theilen der Beamtenpensionen, Witwen- und Pensionskassen und der Invaliden- und Wittwenkassen der Arbeiterkirche überwiesen habe.

Wien. (Priv.-Tel.) In Parlamentskreisen wird auf das Bestimmteste berichtet, daß Ministerpräsident v. Sarber entschlossen ist, falls die nächst kommenden deutsch-sächsischen Verhandlungskonferenzen zu keinem positiven Resultat führen und im Abgeordnetenhause eine oder die andere Partei den Ausgleich mit Ungarn durch Obstruktion zu verhindern suchen sollte, das Parlament aufzulösen und neue Wahlen anzuzusetzen.

Paris. (Priv.-Tel.) Der Schah von Persien hat gestern nach dem Abschied von den offiziellen Vertretern die anwesenden Schriftleiter an seinen Wangen herantreten und mittheilte aus dem geöffneten Munde eine vom persischen Gelehrten Sag für Zah überreichte Anrede an dieselben, worin er ihnen für die ihm erwiesenen Samothien dankte. Er habe jedoch die ihm gewidmeten Artikel gelesen und sich über sie ausdrücken geliebt. Er kenne den Einfluß und die Bedeutung der Pariser Presse und wisse auch, daß sie von einer gewissen Auslese geschrieben werde; sie sei eine wertvolle Stütze für die Annäherung Frankreichs und Persiens.

Paris. In ganzen Departement Aristokraten Privatschulen der geistlichen Brüder und Nonnen der Unterstufe wieder. Die Nonnengemeinschaften in Saint-Ven, Le Folquet, Roubaix, Valenciennes, Boulogne-sur-Mer und Landrecies wurden geschlossen. Die meisten Kinder werden zu Hause gehalten. Ein Zwischenfall hat sich nicht ereignet.

Rom. (Priv.-Tel.) Heute Vormittag fand auf dem Capitol die feierliche Eröffnung des 4. internationalen ethnologischen

**Kronendorfer**  
Sauerbrunn.  
ausbehalten beider  
natürlicher